

Richard D. Wolff

Die Obama-Strategie: Amerikas neue Rolle in der Weltwirtschaft

Obamas vorrangiges strategisches Ziel, innen- und außenpolitisch, ist es, eine ernste Krise einer Variante des Kapitalismus (die "private") zu bewältigen, indem er einen Übergang zu einer anderen Variante (staatlich gelenkt oder staatskapitalistisch) erreicht. Weil die Krise des "Privatkapitalismus" innerhalb der Vereinigten Staaten so gravierend ist und so viele Ressourcen und so viel konzentrierte Aufmerksamkeit der Politik beansprucht, erhält die globale Position der Vereinigten Staaten im Verhältnis dazu weniger Aufmerksamkeit und eine niedrigere Priorität. Die Obama-Strategie schließt daher einen Rückzug von den Positionen zur Rolle der USA in der Welt ein, wie sie von Reagan bis Bush vertreten wurden (was darin zum Ausdruck kommt, dass sie als "kontraproduktiv" angegriffen werden). Kennzeichen der neuen Strategie sind ein Rückzug vom Unilateralismus zugunsten eines Multilateralismus (z.B. neue Absprachen mit Europa); Abschwächung der meisten Konfrontationslagen (z.B. Kuba, Iran, Irak und Nordkorea), um sich auf eine einzige zu konzentrieren (Afghanistan-Pakistan); und Entgegenkommen gegenüber kritischen Regierungen (insbesondere in Südamerika).

Ein erfolgreicher Übergang von einem verhältnismäßig privaten zu einem begrenzten Staatskapitalismus in den Vereinigten Staaten führt zu einem größeren internationalen Widerspruch für die Obama-Regierung: Er kann nur erreicht werden *auf Kosten des Rests der Weltwirtschaft*. Die strategischen Probleme für Obama sind 1. dass die anderen Regionen der Welt sich dagegen wehren, diese Kosten und die damit verbundenen Risiken zu tragen, und 2. dass die daraus resultierenden Verzögerungen bei der Bewältigung der Krise Möglichkeiten schaffen werden für alternative, auf die Arbeiterklasse setzende antikapitalistische Lösungskonzepte für die Krise.

I. Die periodischen Wandlungen des Kapitalismus zwischen privaten und staatlichen Formen

Im Verlauf seiner Geschichte und überall in seinem Herrschaftsgebiet ist der Kapitalismus hin- und hergedelt zwischen privaten und staatlichen Formen. Die erste reduziert, die zweite erweitert die staatliche Intervention in die Ökonomie. Die wirtschaftlichen Ereignisse, die den Umschwüngen (in beide Richtungen) vorausgingen, sind verschiedene Mischungen von Rezession und wachsenden Ungleichheiten von Vermögen und Einkommen gewesen. Politische Um-

schwünge liefen parallel zu den ökonomischen. Es verlieren die Parteien und Gruppen an Macht, die am engsten verbunden sind mit der Variante des Kapitalismus, die ersetzt wird, während die aufsteigenden Teile die andere Variante favorisieren. Kulturelle Umschwünge vervollständigen das ineinander greifende Tableau. Zum Beispiel wechseln sich in den Reden und Schriften der Politiker, Professoren und Journalisten die Lobreden auf den "privaten Kapitalismus" (z.B. bezeichnet als Neoliberalismus, freies Unternehmertum oder einfach Freiheit) regelmäßig mit solchen auf den Staatskapitalismus (z.B. bezeichnet als Wohlfahrtsstaat, regulierter Kapitalismus oder sogar "Sozialismus") ab.

Diese ökonomischen, politischen und kulturellen Umschwünge sind gleichzeitig Ursache und Wirkung füreinander. Zusammen können sie manchmal die Widersprüche des Kapitalismus eingrenzen. Der Kapitalismus kann die Krise seiner einen Variante überleben, indem er sich zur anderen Variante wandelt, **statt dass es zu einem Übergang aus dem Kapitalismus heraus kommt**. Aber dieser Ausgang der Krise ist niemals garantiert. Eine Krise in jeder der beiden Varianten des Kapitalismus kann so gravierend werden und/oder die Möglichkeiten zur Umwandlung zur anderen Variante können so schwierig werden, dass sich der politische Raum öffnet für eine soziale Bewegung, die den Übergang aus dem Kapitalismus fordert.

In den Vereinigten Staaten war in den späten 20er Jahren eine Krise des "Privatkapitalismus" verbunden mit einem Umschwung zum Staatskapitalismus, zu keynesianischer Wirtschaftsweise, zu populistischen und sozialistischen Ideologien und zur Demokratischen Partei. In den späten 70er Jahren kam es zum Wechsel in die andere Richtung. Das Netz der Verflechtungen zwischen Ökonomie, Politik und Kultur hat in diesen Fällen ausgereicht, um die Widersprüche des Kapitalismus einzudämmen. Dieses Netz ermöglichte den Aufbau des New Deal in den 30er Jahren, um den Kapitalismus vor dem Zerfall und dem Übergang in ein anderes System zu bewahren. Später, in den 60er und 70er Jahren, hat das Netz verhindert, dass Unzufriedenheit mit dem US-Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit einen Übergang über den Kapitalismus hinaus zur Folge hatte, und schaffte stattdessen eine relativ populäre Verlagerung zurück zum "Privatkapitalismus". Um Marx abzuwandeln: Kein System verschwindet, bevor es alle möglichen Formen und Wandlungen im Inneren erschöpft hat.

Um zu zeigen, wie die Obama-Strategie beabsichtigt, den Kapitalismus zu sichern, muss unsere Argumentation ihre grundlegenden Begriffe genau erklären. Wir definieren "Kapitalismus" als das System der Produktion, in dem eine relativ große Gruppe von Menschen (produktive Arbeiter) ihre Arbeitskraft an eine relativ kleine Gruppe unterschiedlicher Menschen (kapitalistische Unternehmer) für einen vereinbarten Lohn verkauft. Der kapitalistische Unternehmer stellt die Produktionsmittel (Werkzeuge, Betriebsanlagen und Rohmaterialien) für die Arbeit der produktiven Arbeiter zur Verfügung. Es gibt zwei Schlüsselaspekte für die Beziehung zwischen Kapitalisten und produktiven Arbeitern: Erstens, was die Arbeiter produzieren, gehört sofort und automatisch dem Kapitalisten, der es verkauft. Zweitens, der Gewinn aus diesem Verkauf muss das übersteigen, was der Kapitalist gezahlt hat, um die Produktionsmittel zu kaufen und die produktiven Arbeiter anzustellen. Der Überschuss ist der Mehrwert, der Fonds, den der Kapitalist zum Teil dafür einsetzt, um den Kapitalismus als System zu reproduzieren (diese Teile umfassen u.a. Zinsen für Kreditgeber, Dividenden für Aktionäre, Budgets für Manager und Werbung, "Profite", die für den Ausbau des Unternehmens zurückgestellt werden, etc.).

In der *privaten* Spielart des Kapitalismus haben die Unternehmer keine Position innerhalb des Staatsapparats, und die staatlichen Funktionäre üben nur sehr begrenzten Einfluss auf die Beziehungen zwischen den privaten "Arbeitgebern" und den Arbeitern aus. Im Gegensatz dazu haben im Staatskapitalismus die staatlichen Funktionäre viel größere Macht, um in die Beziehungen unter und zwischen Unternehmern und Beschäftigten regulierend einzugreifen, zu kontrollieren und zu intervenieren. Im extremen Staatskapitalismus ersetzen staatliche Funktionäre private Individuen als kapitalistische Unternehmer (in "staatseigenen" Betrieben) und eignen sich auf diese Weise den Mehrwert, den die produktiven Arbeiter produzieren, direkt an und verteilen ihn. *Was beide Varianten des Kapitalismus gemeinsam haben, ist die Struktur des mehrwertproduzierenden Verhältnisses von Unternehmer/Beschäftigter.* Obamas strategisches Ziel ist es, dieses Verhältnis abzusichern, indem ein Wechsel durchgeführt wird von einem krisengeschüttelten Privatkapitalismus zu einem erneuerten Staatskapitalismus, frei von den Belastungen, die den Privatkapitalismus in die Krise getrieben haben. Obamas Instrumente schließen die Möglichkeit des Staates ein, Steuern zu senken, Anleihen aufzunehmen und Ausgaben zu tätigen. Der Plan ist, die Banken und andere Finanzinstitutionen zu befreien von den Giftpapieren in ihren Bilanzen, die Restrukturierung von Industrieunternehmen wie General Motors und Chrysler zu subventionieren, ein zu kostspieliges Gesundheitssystem zu rationalisieren und Nachfrage zu schaffen für neue "grüne" Güter, Infrastruktur etc.

Eine soziale Krise jeder der Varianten des Kapitalismus kann nicht immer oder notwendig gelöst oder gemanagt werden durch einen Wechsel zur jeweils

anderen Art. Sie könnte stattdessen einen grundlegenden Wechsel in den Beziehungen zwischen Unternehmer und Beschäftigten hervorrufen. Ein solcher grundlegender Wandel würde die Spaltung zwischen Unternehmer und Beschäftigten beenden, indem festgelegt wird, dass sie die selben Personen sein sollen. Produktive Arbeiter könnten sich dann an einem Tag in der Arbeitswoche versammeln, um kollektiv als ihr eigener Vorstand zu agieren (statt Output zu produzieren). In solchen reorganisierten Betrieben würden Vorstandsentscheidungen nicht mehr im Interesse einer kleinen Gruppe der wichtigsten Aktionäre getroffen. Stattdessen würden sich die Entscheidungen orientieren an den Bedürfnissen der Arbeiter selbst und denen der Gemeinden, die mit solchen Unternehmen zusammenhängen.

Wenn dies geschehen sollte, wäre aus der Krise im Kapitalismus eine Krise des Kapitalismus geworden, die gelöst wurde durch eine Entwicklung aus dem Kapitalismus heraus. Dies ist es, was Obamas Strategie, in den USA und außerhalb, zu vermeiden oder, wenn notwendig, zu unterdrücken versucht.

II. Globale Implikationen der Krise des "privaten Kapitalismus" der USA

Die gegenwärtige Krise des US-Kapitalismus begann in den 70er Jahren und wurde entscheidend geprägt durch die Veränderung der Position der USA in der Weltwirtschaft. Die über 100 Jahre steigender Real-löhne für US-Arbeiter waren in den 70ern beendet. In dieser Dekade wurden in großem Ausmaß Arbeiter ersetzt durch Computer, während gleichzeitig Produktion aus den USA verlagert wurde in Billiglohngelände in der ganzen Welt (und besonders in Asien). Die Nachfrage nach Arbeitern in den USA sank daher. Zur gleichen Zeit hat eine breite soziale Bewegung unter den Frauen Millionen dazu gebracht, sich dem Heer der Lohnarbeiter zum ersten Mal anzuschließen. Und gleichermaßen brachten sich vertiefende soziale Ungleichheiten neue Wellen von Immigranten – insbesondere aus Zentralamerika – auf Arbeitssuche in die USA. In einfachen Worten: sinkende Nachfrage verbunden mit einem wachsenden Angebot an Arbeitern verschaffte den Unternehmern die Möglichkeit, den historischen Anstieg der Reallöhne in den 70er Jahren zu stoppen. Davon konnten sich die Löhne nie mehr in irgendeiner nachhaltigen Weise erholen.

Das Ende der steigenden Reallöhne in den USA drohte die wachsende Massennachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zu beenden, die einen großen Teil der weltweiten Wirtschaft angetrieben hatte. Hätte dieses Ende der wachsenden Nachfrage damals tatsächlich stattgefunden, wäre die ökonomische Geschichte der letzten dreißig Jahre sehr viel anders verlaufen. Es hätte wesentlich weniger exportgestützte wirtschaftliche Entwicklung in so vielen anderen Teilen der Erde gegeben. Aber diese Krise wurde vermieden mit Hilfe von zwei zentralen Entwicklungen – *die beide jetzt nicht mehr möglich sind.*

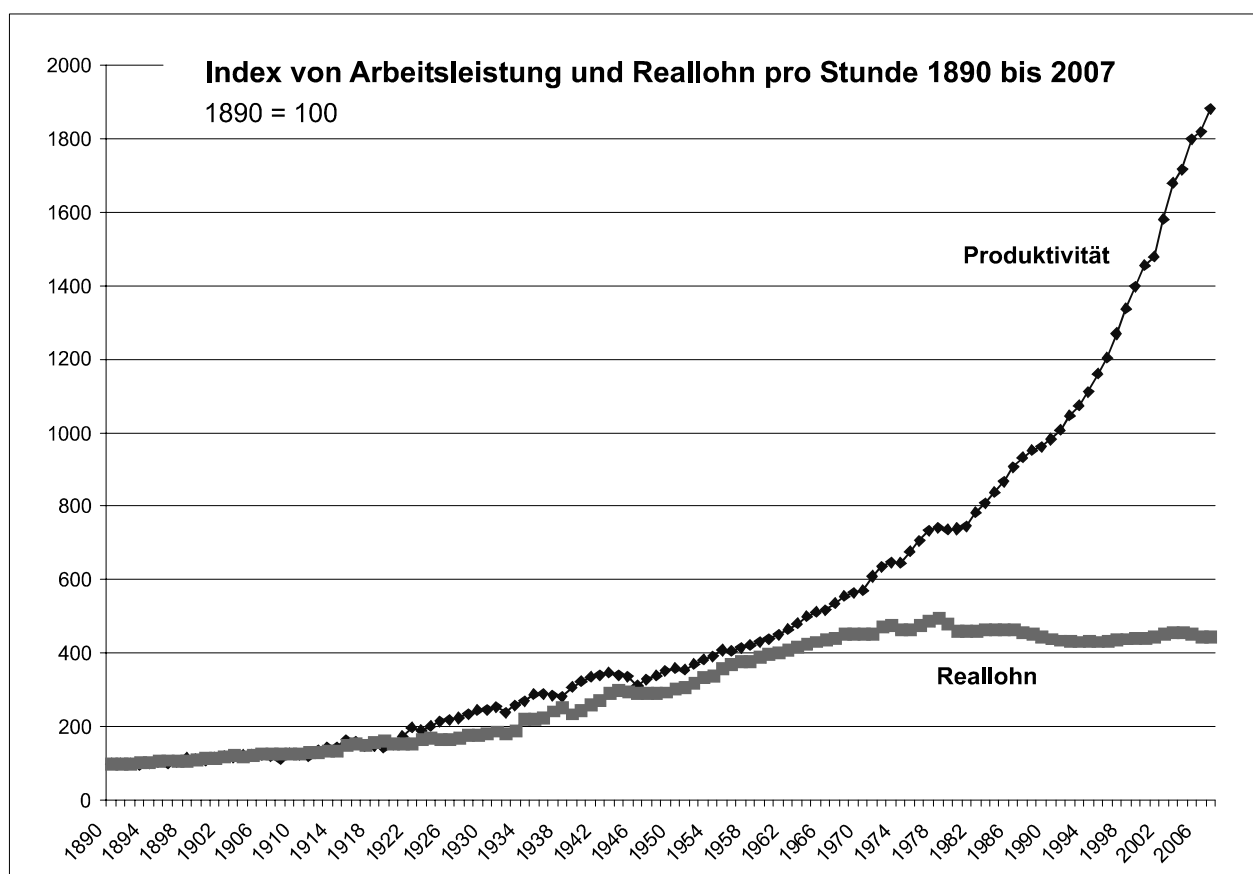
Erstens: US-Arbeiter haben wesentlich mehr Arbeit geleistet, um ihre Einkommen zu steigern, nachdem die Löhne nicht mehr anstiegen. [Heute arbeiten US-Arbeiter 20 Prozent mehr Stunden pro Jahr als ihre deutschen oder französischen Kollegen.] Zweitens: US-Arbeiter begannen, sich große Summen zu leihen. Auf diese Weise wurde die kleinere Krise, die mit dem Ende der steigenden US-Löhne in den 70er Jahren hätte beginnen können, *um 30 Jahre verschoben*. Aber die verschobene Krise ist jetzt eine wesentlich schlimmere Krise geworden.

Der Kollaps der Kredite in den USA – und die daraus resultierende Krise des "privaten Kapitalismus" – ist zum Teil das äußere Zeichen der physischen, emotionalen und finanziellen Erschöpfung der US-Arbeiter. Sie können nicht noch mehr Stunden arbeiten, ihre Familien sind weitgehend zusammengebrochen, weil lohnarbeitende Frauen/Mütter nicht länger die emotionalen Bindungen in den Haushalten aufrecht erhalten können; und der Grad ihrer Verschuldung kann nicht länger aufrechterhalten, geschweige denn weiter gesteigert werden. Die Arbeiterklasse der USA kann die Konsequenzen des Endes der steigenden Reallöhne nicht länger aufhalten: Sie sind jetzt konfrontiert mit einer langen Stagnation oder einem Absinken ihres Lebensstandards.

Natürlich sind der Kollaps des Kredits und die Krise des "privaten Kapitalismus" auch zum Teil das Ergebnis einer anderen Art der finanziellen Erschöpfung

unter den Unternehmern. Die Erschöpfung der Unternehmer – sehr im Unterschied zu den Arbeitern – resultiert aus stark gewachsenen Profiten. Dazu kam es, weil das Ende des Anstiegs der Reallöhne NICHT das Ende des Wachstums der Arbeitsproduktivität war. Ganz im Gegenteil: weil die wachsende Arbeitsproduktivität in steigendem Maß die Reallöhne überstieg, sind die Profite der Kapitalisten seit den 70er Jahren explodiert.

Die Vorstände der Unternehmen nutzten ihren explodierenden Mehrwert in erster Linie, um die Gehälter und Boni der Topmanager zu erhöhen. Direktoren und Manager nutzten diese Überschüsse, Gehälter und Boni, um allen voran manische Börsenspekulation zu betreiben. Sie konnten sich erhöhte und kostspieligere Fusionen und Übernahmen leisten. Sie haben neue finanzielle Instrumente erfunden und vermehrt, die oft in Widerspruch standen zu den Gesetzen und Regulierungen, die geschaffen wurden, um Finanzspekulation zu begrenzen. Kapitalistische Euphorie produzierte Wertpapier-, Immobilien- und Finanzblasen, die alle zu platzen begannen. (2000 der Wertpapier-Markt, 2007 die Immobilien- und Finanzmärkte). Kapitalisten haben außerdem einen Teil ihres wachsenden Profits den Arbeitern geliehen, in alten (Hypotheken) und neuen (Kreditkarten) Formen von Krediten. *Im Ergebnis hat der US-Kapitalismus das Ansteigen der Reallöhne beendet und den Arbeitern stattdessen hochverzinsten Darlehen gegeben.*



Es war vorauszusehen, dass mit steigenden Schulden wachsende Teile des Einkommens der Arbeiter für Tilgung und Zinsen aufgewendet wurden, bis der Punkt erreicht war, wo bestehende Schulden nicht länger aufrechterhalten werden konnten und weitere Verschuldung unmöglich war. Das Kreditsystem kollabierte zuerst in den USA und strahlte dann auf den Finanzsektor weltweit aus. Der Kreditkollaps in den USA entwertete die Immobilien, deren Finanzierung von Verschuldung abhängig geworden war. Das wiederum brachte den Kollaps für alle Unternehmen, die am Immobilienboom teilhatten, was das Zurückzahlen der Schulden für die US-Arbeiter weiter erschwerte. Der teuflische Spirale nach unten verstärkte sich selbst, zog zuerst die US-Ökonomie in die Rezession und dann den Rest der Welt. Erstens hatte der Rest der Weltfinanzmärkte teilgenommen an der von den USA angeführten Spekulation (indem Anlagengestützte Wertpapiere gekauft wurden, die auf nicht eintreibbaren Schulden basierten). Zweitens, weil so viel vom Rest der Welt direkt oder indirekt abhängig vom Export in die USA war und deshalb abhängig vom Anwachsen der Verschuldung der US-Konsumenten. Nachdem der US-Kredit-Markt kollabiert war und der Konsumlevel in 2008 sank, erreichte die Wirtschaftskrise alle diese Ökonomien. Bei vielen war die Krise gravierender als die Krise in den USA. Der Welthandel ging rapide zurück.

Weltweit kämpfen Ökonomien mit den Konsequenzen ihrer Abhängigkeit von internationalen Kreditmärkten und Exporten in die entwickelten Ökonomien allgemein und in die USA im Besonderen. Alle versuchen, sich von diesen Abhängigkeiten zu lösen, auch wenn sie auf eine schnelle Erholung der USA hoffen, um die Welt zurück zu den Bedingungen von 2005–2006 zu bringen. Deshalb muss Island sein Kreditsystem neu aufbauen, während China neue Exportmärkte und/oder einen gewaltigen Binnenmarkt entwickeln muss.

III. Widersprüche in Obamas Weltstrategie

Jeder Schritt, den die US-Notenbank und das Finanzministerium im Hinblick auf die Wirtschaftskrise in den USA unternehmen, ist widersprüchlich. Auf der einen Seite, wenn sie das Kreditsystem stabilisieren und erneuern können und eine Erholung von Beschäftigung, Einkommen und Konsum schaffen, werden sie direkt die Krisen mindern, von denen die Ökonomien im Rest der Welt betroffen sind. Aber zur gleichen Zeit bedrohen die Strategien der US-Notenbank und des Finanzministeriums diese Ökonomien. Zum Beispiel führt die Anforderung von US-Notenbank und Finanzministerium an US-Banken, *im Inland Kredite zu vergeben*, dazu, dass US-Banken ihre *Kreditvergabe ins Ausland einschränken*, weil das Eigenkapital der US-Banken so unzureichend ist. Um ein anderes Beispiel zu nennen: Mit der Subventionierung der Reorganisation von Chrysler und General Motors schaffen die USA ihren Autoherstellern Wett-

bewerbsvorteile, die *anderen Autoherstellern schaden*. Das gleiche gilt für die Verstaatlichung des weltgrößten Versicherungskonzerns, der AIG. Die Konsolidierung der Finanzinstitutionen in den USA bedroht (durch die Ökonomie der Größe) kleinere und weniger konsolidierte Institutionen in anderen Ländern. Die Koordination der kapitalistischen US-Unternehmen und der Regierung (über Verstaatlichung, Regulierung etc.) bietet Vorteile im weltweiten Wettbewerb mit weniger oder nicht koordinierten Unternehmen in anderen Ländern. Unternehmensvorstände in den ganzen USA sind begierig, die staatliche Intervention zu nutzen, um Wettbewerbspositionen zu verbessern wo und wann immer möglich – mit keinem Widerstand von irgendeiner relevanten Kraft innerhalb der USA.

Wachsende Arbeitslosigkeit in den USA zwingt illegale und legale mexikanische Immigranten, Geldsendungen nach Mexiko zu reduzieren oder zu stoppen, während sogar viele gezwungen sind, nach Mexiko zurückzukehren. Dies destabilisiert Mexiko und dadurch die gesamte zentralamerikanische Ökonomie und Gesellschaft. Parallele, mehr oder weniger gravierende Entwicklungen passieren an anderen Orten. Schließlich wird die Antwort jedes Landes auf die Handelskrise der Versuch sein, die Exporte zu steigern und die Importe einzuschränken ... ein klassisches Rezept für Probleme und Konflikte.

Die weltweite Führungsrolle der USA ist ernsthaft kompromittiert. Jedes andere Land kämpft, um Wege zu finden, die kommende Neuordnung zu überleben. Einige Länder schließen sich zusammen, z.B. Lateinamerika, um ihre Chancen gegenüber den USA und dem Rest der Welt zu verbessern. Andere, z.B. BRIC (Brasilien, Russland, Indien, China), wenden sich nach innen zu binnenländischer, kontrollierter Expansion als Gegenmittel zu gefährlicher Exportabhängigkeit.

Die USA haben den Vorteil des US-Dollars als Weltwährung und dass ihr Land als am wenigsten riskanter Schuldner beim Anzapfen der globalen Finanzreserven (zur Finanzierung von Regulierungsstrategien) gilt. Das wird andere Kapitalnachfragende auch dann schädigen, wenn die Erholung der US-Ökonomie ihnen hilft. Die USA haben außerdem den Vorteil militärischer Überlegenheit und das "Recht", Alliierte für die wachsenden Kosten der "Weltpolizei" in Anspruch zu nehmen, wenn sich der Druck der Kritik der Massen erhöht.

IV. Innere Widersprüche, mit denen Obamas Regierung konfrontiert ist

Am 9. April 2009 veröffentlichte das bekannte Demoskopie-Unternehmen Rasmussen Research die Ergebnisse einer repräsentativen nationalen Umfrage, ob die US-Bürger Kapitalismus oder Sozialismus bevorzugen. (www.rasmussenreports.com) Seitdem ist dieser Report in aller Munde. Rund 20 % der Befragten bevorzugten den Sozialismus und weitere 27 % antworteten, sie seien "nicht sicher". Die Ergebnisse bei

den Befragten unter 30 Jahren waren noch bemerkenswerter: 33 % bevorzugten den Sozialismus und weitere 30 % waren unsicher. Nach den üblichen und vorhersehbaren Einreden von Rechts und Mitte-Rechts ("Die Leute wissen nicht, was das Wort bedeutet" und "Niemand, der noch bei Trost ist, könnte den Sozialismus bevorzugen") hallt die Tatsache dieser Antworten immer noch durch die US-Politik, besonders auf der Linken.

Der erste und vielleicht wichtigste Schluss, den man aus dem Rasmussen-Report ziehen kann, ist, dass das Erbe der antisozialistischen Propagandakampagnen des halben Jahrhunderts nach 1946 endlich verschwindet. "Terrorismus" und "Islam" haben "Sozialismus-Kommunismus-Marxismus-Radikalismus-Anarchismus" (gewöhnlich in den USA als Synonyme behandelt) als Schlagwörter abgelöst, um bei den Massen Alarmstimmung zu erzeugen. Obamas Wahlkampagne und seine Präsidentschaft spielten dabei, wenn auch unbeabsichtigt, eine Schlüsselrolle, dass die Erbschaft sich auflöste. Die Angriffe vor allem des rechten Flügels der Republikaner auf Obama als "einen Sozialisten, der den Sozialismus nach Amerika" bringt, führten zu einem Ergebnis, das die Republikaner weder voraussahen noch wollten. Viele Millionen Amerikaner – und vor allem die unter 30, die überdurchschnittlich Obama gegenüber McCain bevorzugten – überraschten die Republikaner mit ihrer Reaktion auf die Angriffe auf Obama als ein Sozialist. Im Grunde schlossen sie daraus, wenn Obama ein Sozialist ist, "dann ist Sozialismus vielleicht nicht so schlecht".

Der zweite Schluss aus der Umfrage ist, dass ein beträchtlicher Raum für eine Erneuerung der amerikanischen Linken heranwächst. Wahr ist, dass die allgemeine Vorstellung vom Sozialismus, der in weiten Teilen der US-Öffentlichkeit als annehmbar und selbst als "chic" gilt, sehr breit und sehr vage ist. Man meint damit jetzt sehr bescheidene Vorstellungen von einem Wohlfahrtsstaat mit mehr öffentlichen Diensten und einer Steuergesetzgebung, die Ungleichheiten von Vermögen und Einkommen verringert. Dennoch ist die Rückkehr gemäßiger Ideen von Sozialismus in die öffentliche Diskussion eine viel günstigere Situation für Anstrengungen, eine erneuerte Linke aufzubauen, als sie seit Jahrzehnten vorhanden war.

Die dritte Schlussfolgerung lautet, dass die tiefe Krise in den USA, die im letzten Jahr Millionen von Jobs und zwangsversteigerten Häusern kostete, das Vertrauen in den Kapitalismus als solchen schwer erschüttert hat. Zwar ist die aktive US-Linke immer noch sehr klein, doch sie konnte dabei helfen, die öffentliche Wahrnehmung von einer "Subprime-Hyphoken-" oder einer "Finanzkrise" in das höchst verschiedene Konzept einer "Krise des Kapitalismus" zu überführen. Quer durch das politische Spektrum und in vielen Massenmedien ist es plötzlich normal, neben den zusehends mühevollen Versuchen der Kapitalismus-Verteidigung, ausdrücklich antikapitalistische Argumente zu sehen, zu hören oder zu lesen.

Gleichzeitig steht Obama als das dominante Symbol ebenso wie als Führer einer absolut prokapitalistischen Antwort auf die Krise. Alle staatlichen Interventionen der Obama-Regierung sind offiziell als zeitweilig ausgewiesen: alles wird den privaten kapitalistischen Eigentümern zurück gegeben, "wenn die Krise vorbei ist". Der allergrößte Teil der Staatsgelder, mit denen die Wirtschaft stimuliert werden soll, fließt zunächst in die Hände privater kapitalistischer Unternehmen (durch den staatlichen Ankauf "toxischer", sich nicht rentierender Papiere von Banken und anderen Finanzunternehmen; durch das Senken von Unternehmenssteuern; durch Kapitalspritzen an Unternehmen; durch staatliche Anleihen und durch den Kauf von Gütern durch den Staat). Im Gegensatz dazu fließt nur ein winziger Teil von Obamas "Stimulus-Programm" direkt als Löhne an Arbeiter. Obama weigert sich, öffentliche Beschäftigungsprogramme auch nur zu diskutieren, geschweige denn auf den Weg zu bringen. Auch den Hausbesitzern will er keine direkte Hilfe zukommen lassen, damit sie in ihren Häusern wohnen bleiben können. Er besteht darauf, dass seine umfangreichere keynesianische Ausgabenpolitik die Krise bewältigen wird. Er verspricht, dass die USA (und die Welt) zu einer prosperierenden kapitalistischen Weltordnung zurückkehren werden.

Obama ist mithin eine widersprüchliche Figur in der aktuellen Lage der USA. Um dies zu erkennen, muss man sich nur die Explosion von Beschäftigungs- und Obdachlosigkeit im letzten Jahr anschauen. Der Kollaps des Wertpapiermarkts hat Millionen privater Pensionen zerstört; ältere Arbeiter verschieben ihren Rentenbeginn, so dass jüngere Leute vor weniger neuen Jobs stehen. Arbeiter ohne Beschäftigung können keine Hypothekenzinsen zahlen und verlieren ihre Häuser. Da die Krankenversicherung für die meisten Amerikaner an die Arbeitsstelle gebunden ist, fällt sie mit dem Verlust des Arbeitsplatzes weg. Krankheit stürzt die Arbeitslosen in totales Unglück. Ganze Zeltstädte entstehen unter den Brücken und an den Rändern vieler Städte. Und Millionen, die noch einen Arbeitsplatz und ein Zuhause haben, fürchten auch für sich eine solche Zukunft. Man hätte erwarten können, dass das neue Interesse am Sozialismus, wie es im Zusammenhang mit Obama zutage tritt, und der Verlust des Vertrauens in den Kapitalismus zu einer Explosion neuer linker Massenaktionen führt und zur Mobilisierung von Protesten gegen die sich schnell verschlechternden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen.

Obama ist ein wichtiger Grund, warum dies **nicht** geschah. Nachdem er seine Kampagne mit dem Slogan "Hoffnung und Wechsel" bestritten hatte, war im Mai 2009 klar, dass, während der Wandel minimal und langsam vor sich ging, Obama sich immer noch auf die Hoffnung der Massen stützen konnte. Das heißt, die große Masse seiner Unterstützer blieb so dankbar, dass Bush gegangen wurde, dass sie mehr als gewillt waren, Obama mehr Zeit zu gewähren, bis sein Programm "greifen" würde. Dieser Teil des Obama-

Lagers, der am meisten von der kapitalistischen Krise getroffen wurde – Afro-Amerikaner, junge Frauen usw. – wurde aktiver in den Protesten gegen den Abbau von Arbeitsplätzen, gegen die Wohnungsbedingungen und gegen die Unterstützungszahlungen an große Banken und hoch bezahlte Manager. Aber all ihre Proteste haben bisher sorgfältig jede Kritik an Obama ausgespart. Nationale Proteste oder Märsche nach Washington, die Obama in Verlegenheit bringen könnten, gibt es nicht. Er bleibt in Washington der beste Freund und die Hoffnung der Arbeiter; daher seine anhaltende Popularität in den Umfragen. Die Massen unterstützen ihn noch. Obamas Freunde aus den großen Konzernen und seine finanziellen Unterstützer schätzen gleichermaßen seine anhaltende Unterstützung durch die Massen trotz seines sehr kapitalistenfreundlichen Krisenprogramms.

Es bleibt politisch riskant, Obama zu kritisieren. Jede linke Kritik an den prokapitalistischen Zielen, Taktiken und an Obamas ökonomischen Beratern ruft Gegenangriffe hervor, dass solche Kritiken nur den republikanischen Reaktionären in die Hände spielen. Umgekehrt führt die Kritik aus Business-Kreisen und dem Zentrum gegenüber Obamas bescheidenen Vorschlägen für eine Steuerreform zu Gegenangriffen, dass ein menschlicherer Kapitalismus gebraucht wird, um die Obama-Allianz zusammen zu halten und die Wirtschaftskrise zu "lösen". Die Möglichkeit, dass das Phänomen Obama überlebt, hängt davon ab, ob seine Widersprüche und Verschiedenheiten an der Explosion gehindert werden können. Und dies wiederum hängt entscheidend davon ab, wie sich die gegenwärtige Krise entwickelt.

Obamas Strategie hat eine fundamentale Voraussetzung: dass die Krise weithin nur zeitweilig stattfindet, ein technisches Problem mit Märkten – besonders Finanzmärkten – die schlecht funktionierten. Diese Märkte müssen jetzt durch einen Wandel der Institutionen in Ordnung gebracht werden, durch eine neue staatliche Regulation und durch staatliche Interventionen mit Geldspritzen und Kreditgarantien. Wenn diese Schritte unternommen sind, dann wird die grundlegende Gesundheit der "Realwirtschaft" (Produktion und Verbrauch von Gütern) in dem Maß wieder durchschlagen, wie der Finanzsektor seine "eigentliche" Aufgabe wieder aufnimmt, Produktion und Verbrauch von Gütern zu erleichtern. Von daher Obamas Versprechen, dass die Hoffnung der Massen auf ihn gerechtfertigt wird durch die "baldige" wirtschaftliche Gesundung.

Folgt man den weiter oben vorgetragenen Argumenten, dann mag sich allerdings Obamas Versprechen als falsch erweisen. Es ist offenbar, dass die Arbeiterklasse der USA physisch erschöpft ist, emotional unter schwerem Druck und finanziell überbelastet ist durch Schulden, die sie nicht begleichen kann, nicht zu reden davon, dass sie die Schuldenlast erhöhen könnte, um sich die Verbrauchsausgaben wie vor der Krise leisten zu können. Sie kann nicht mehr Schulden aufnehmen und es könnte Jahre dauern, um die

niederdrückende Schuldenlast zu reduzieren. Dies würde die Nachfrage nach Konsumgütern von Firmen aus den USA wie vom Rest der Weltexporteure behindern. Denkt man an die Jahrzehnte lange Periode, da der rapide steigende Konsum der USA einen großen Teil der Weltwirtschaft antrieb, so wird klar, dass dieser Wandel in den USA wahrscheinlich die Prioritäten in der Entwicklung der anderen Länder verändern würde. Während es unmöglich ist, den Wandel in der Ressourcennutzung, im Welthandel, in den Kapitalströmen usw. vorherzusagen, so scheint es sowohl unweise wie unerwünscht, mit Obama zu meinen, es sei möglich, die Welt wieder nach dem Muster der Vorkrisenzeit aufzubauen. Mehr noch, wenn Obamas Politik die Weltwirtschaft tatsächlich zurückdrehen könnte zu den Bedingungen von 2005 und 2006, dann könnte ein weiterer Zusammenbruch die Folge sein (so wie der US-Kapitalismus 1937 zurück in die Tiefen der Depression stürzte nach einer Phase, die man fälschlicherweise für die "Erholung" hielt).

Niemand kann wissen, wie viel Zeit Obama politisch haben wird, um die gegenwärtige Krise zu managen, noch wie erfolgreich seine Maßnahmen sein werden und für wie lange. Was man sagen kann ist, dass die politische Situation in den USA jetzt mehr im Fluss und offener nach links ist, als sie es eine lange Zeit war. Wenn die Krise andauert, wenn ihre tieferen Ursachen eine Rückkehr zum status-quo-ante unmöglich machen, dann wird Obama mehr wie Franklin Delano Roosevelt oder sich immer mehr in eine Clinton-ähnliche Umarmung mit Business und moderaten republikanischen Positionen begeben. Und da keine dieser Optionen irgendwelche Garantien des Eindämmens oder gar der Überwindung der kapitalistischen Krise bietet, sind die Aussichten für die US-Linke besser als seit einer Generation. Tatsächlich haben die wirtschaftliche Krise und die Wahl Obamas die politischen Aussichten der Linken mehr befördert als die der Rechten. Die Rechte wurde schwer getroffen durch den Verfall des Bush-Regimes und die Wahl Obamas. Obama hofiert die Business-Rechte und isoliert die extreme Rechte, deren Rassismus, aggressiver Nationalismus und Verehrung von Waffen und fundamentalistischer Religion zumindest zeitweilig im Niedergang sind und die viel weniger politischen Einfluss haben als in den Jahren zuvor.

Eine Schlüsselfrage für die USA ist jetzt, ob der langfristige Niedergang der Arbeiterbewegung und der Linken allgemein unter den Bedingungen der kapitalistischen Krise und der Obama-Wahl umgekehrt werden kann. Unter diesem Gesichtspunkt kann die Kooperation von Obama-Regierung und der Automobilarbeiter-Gewerkschaft (UAW), die massiv Chrysler und General Motors subventionieren, nicht als positives Zeichen gesehen werden. Wahrscheinlicher ist, dass sich völlig neue Strategien und Organisationen für Masseninterventionen in den nächsten Monaten und Jahren entwickeln müssen, wenn die Möglichkeiten für eine erneuerte US-Linke realisiert werden sol-

len. Doch diese Möglichkeiten sind real. Sie zu verwirklichen, würde die USA und damit die Weltordnung transformieren.

V. Der Joker: Massenintervention

Konflikte zwischen den USA, Europa und Japan, Konflikte zwischen ihnen und den Hauptexporteuren in diesen Ländern und widersprechende Forderungen von Entwicklungs- und ärmeren Ländern werden die Weltpolitik in der nahen Zukunft prägen. Obama hat bei all dem das gemeinsame Interesse der USA im Auge. Auch wenn die USA-Hegemonie herausgefordert wird, bleiben die USA stark und werden wahrscheinlich standhalten, zum Teil aufgrund der Uneinigkeit potenzieller Gegner, besonders in Europa.

Die einzige Kraft, die dieses Ergebnis verändern könnte, ist die Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern. Jetzt hängt alles ab von ihrer Haltung und ihren Handlungen in dieser Zeit der ökonomischen Schwäche des Kapitalismus und der politischen Verwirrung. Wenn sie sich pflichtbewusst einreihet hinter den kapitalistischen Führern der einzelnen Nationen und ihre Manöver gegen ihre Kontrahenten in anderen Ländern unterstützt, wird der Masseneinfluss marginal bleiben. Wenn die Arbeiterklasse jedes Landes verlangt, dass Strategien zur Bewältigung der kapitalistischen Krise nicht bezahlt werden dürfen mit Arbeitsplatzabbau und Lohnsenkungen, kann sie die Handlungsfähigkeit ihrer Führer in ihren Auseinandersetzungen mit den Führern anderer Länder einschränken. Das ist eine riskante Situation, die negative Ergebnisse haben kann, die dann den Arbeitern angelastet werden.

Dennoch, angenommen, die Arbeiterklasse der einzelnen Länder nähme eine andere Position ein, nämlich, dass die Lösung der globalen kapitalistischen Krise das Ende des Kapitalismus sei. Und weiterhin angenommen, dass sie damit nicht nur die Makroebene meinen – Planung statt Markt und Vergesellschaftung statt Privateigentum an Produktionsmitteln – sondern auch die Mikroebene – *Transformation der inneren Organisation der Unternehmen, so dass die Arbeiter der kollektive Vorstand eines jeden Unternehmens werden*. In diesem Fall wäre das Ziel der Intervention der Arbeiter eine neue Weltwirtschaft, die aufbaut auf dem Fundament eines post-kapitalistischen ökonomischen Systems – sowohl auf Makro- als auch auf Mikroebene. Das würde eine grundsätzlich andere Weltökonomie sein als die Rekonstruktion des Kapitalismus, die Wirtschaftsführer und Regierungen heute anstreben.

Natürlich haben wir noch nicht die organisatorischen Mittel oder die ideologischen Voraussetzungen, um ein solches Programm der Arbeiterklasse für die Krise und ein Eingreifen in die aktuelle kapitalistische Krise zu ermöglichen. Wenn wir das aber nicht auf die Beine stellen, wird die Welt eine weitere kapitalistische Krise durchleben, die 1. nur die Form des Kapitalismus vom privaten zum staatlichen umwandelt,

2. die Kosten und Einschnitte aufgrund der Krise ungerecht verteilt innerhalb und zwischen den Ländern, und 3. uns zwingt, die nächste sich endlos wiederholende Sequenz kapitalistischer Krisen abzuwarten. Ohne die Intervention der Arbeiterklasse bleibt diese Krise eine Krise im Kapitalismus und nicht des Kapitalismus.

Professor Dr. Richard D. Wolff, Professor of Economics in the Graduate Program in International Affairs, New School University, New York